

Europäische Forstpolitik

Gestaltungsspielräume liegen bei den Mitgliedsstaaten der EU

Hans Jacobs

Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) und die Union Europäischer Forstleute (UEF) luden am 15. Juli 2011 zu einer Diskussion über die europäische Forstpolitik nach Brüssel ein. Mit Europaparlamentariern, Bundestagsabgeordneten, Vertretern der deutschen und europäischen Forstverbände sowie Vertretern der deutschen Fachministerien und Bundesländer wurde nicht nur über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union (EU), die EU-Biodiversitätsstrategie und die jüngst gestarteten Verhandlungen über eine EU-Forststrategie diskutiert. Es ging auch um das Missverhältnis zwischen der Bedeutung der Forstwirtschaft und ihrer Berücksichtigung in den verschiedenen Politikfeldern.

Die forstpolitische Arbeit auf europäischer Ebene schlägt sich derzeit in mehreren Themen nieder:

- Erst am 16. Juni hat der „Forest Europe“-Kongress in Oslo beschlossen, Verhandlungen über eine rechtsverbindliche Waldkonvention aufzunehmen.
- Schon im April hatte die EU-Kommission zu einem Einleitungsworkshop zur Novellierung der EU-Forststrategie eingeladen.
- Auch das Dauerthema „Biodiversität“ hat mit der Verabschiedung einer EU-Biodiversitätsstrategie unlängst seine europäische Entsprechung gefunden.
- Und nicht zuletzt beschäftigt auch die GAP nach 2013 auch die Forstpolitiker.

All dies waren für den BDF und seinen europäischen Dachverband, die UEF, Gründe genug, direkt in Brüssel mit Vertretern der thematisch federführenden Generaldirektionen (GD) „Landwirtschaft“ und „Umwelt“ zu diskutieren.

ren zur GAP und Biodiversitätsstrategie nicht angemessen berücksichtigt. Derzeit sei geplant, die zweite Säule der GAP mit knapp 90 Milliarden Euro auszustatten. Für die Klimapolitik seien 125 Milliarden Euro vorgesehen, ohne dass erkennbar sei, wie der Wald und die Forstwirtschaft an diesen Finanztopfen teilhaben könnten.

Forstwirtschaft nicht so stark vergemeinschaftet

Die Veranstaltung wurde mit zwei Referaten eingeleitet. Zunächst umriss Dr. MICHAEL PIELKE von der GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung die Vorstellungen der EU-Kommission zur ländlichen Entwicklung nach 2013. Er wies darauf hin, dass die Umsetzung der GAP auf Artikel 43 der EU-Verträge basiere, die sehr landwirtschaftlich geprägt seien. Im Gegensatz dazu sei die Forstwirtschaft nicht so stark „vergemeinschaftet“.

Laut PIELKE ist es die Aufgabe der GAP nach 2013, ein Gleichgewicht zwischen

In seiner Einleitung wies der Bundesvorsitzende des BDF, HANS JACOBS, darauf hin, dass in der forstlichen Wahrnehmung eine erhebliche Diskrepanz besteht: Die Rolle der Forstwirtschaft in der EU, immerhin mit einem Flächenanteil von über 25 Prozent Wald, und die Bedeutung des Waldes im Zusammenhang mit den Themen Klimawandel und Erhaltung der Biodiversität wird in den derzeit vorliegenden Papier-

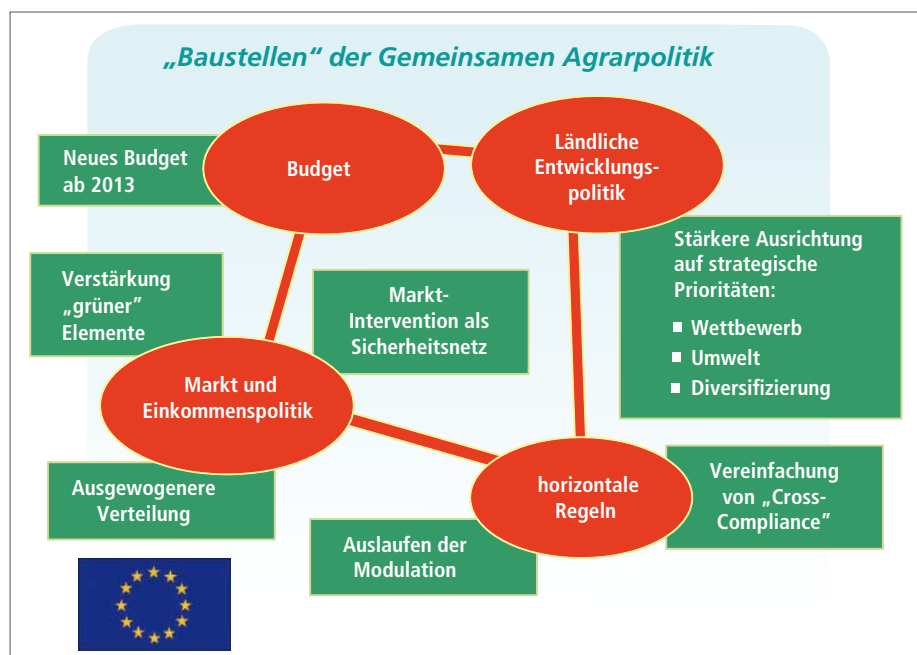


Abb. 1: „Baustellen der Gemeinsamen Agrarpolitik“

M. Pielke, GD Landwirtschaft

Markt- und Einkommenspolitik einerseits und der Entwicklung der ländlichen Räume andererseits zu schaffen. Erschwerend komme hinzu, dass die strukturellen Bedingungen in den Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich sind.

Daneben seien auch die ökologischen Herausforderungen bezüglich der Emission von Treibhausgasen, des Klimawandels und des Bodenschutzes erheblich gestiegen und in der zukünftigen EU-Politik ausreichend zu berücksichtigen.

PIELKE führte weiter aus, dass die Diskussion in der EU-Kommission noch nicht abgeschlossen sei, sondern zunächst nur das Budget festgelegt wurde. So stünden für die zweite Säule zukünftig 89,9 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung, die durch die Mitgliedsstaaten kofinanziert werden. In der ersten Säule würden 30 Prozent der Zahlung an ein „Greening“ gebunden. Das sind ökologische Maßnahmen, die unabhängig von den bereits bestehenden obligatorischen „Cross-Compliance“-Maßnahmen (Verpflichtung, zusätzlich zur eigentlichen Maßnahme auch noch andere Auflagen zu erfüllen, z.B. Umweltstandards) eingeführt werden.

Die Förderung im Rahmen der GAP wird auch weiterhin in sechs Schwerpunkte gegliedert. Nach PIELKE machte der Forstsektor in der Mittelplanung der Mitgliedsstaaten von 2007 bis 2013 einen Anteil von 6,8 % des Gesamtbudgets aus. Tatsächlich entfielen aber nur 4,4 % der abgerufenen Mittel auf den Forstbereich.

Für die Ausgestaltung der neuen GAP verwies PIELKE auf die EU-2020-Strategie. Die Umsetzung der GAP in den Mitgliedsstaaten müsse sich an der Ausrichtung dieser Strategie mit den Säulen „intelligentes Wachstum“, „integratives Wachstum“ und „nachhaltiges Wachstum“ ausrichten.

Planungen zur Förderung von Staatsforstbetrieben

In der Diskussion verwies PIELKE wiederholt darauf, dass die EU lediglich den inhaltlichen Rahmen und Geld zur Verfügung stelle. Die weitere Gestaltung obliegt den Mitgliedsstaaten. Hier würden die Weichen gestellt. Der „Ständige Forstausschuss“ als Beratungsgremium der Kommission hat einen umfangreichen Forderungskatalog zur neuen GAP aufgestellt.

Zu dem ständig wachsenden Verwaltungsaufwand verwies PIELKE auf eine noch laufende Studie, die jedoch sehr unterschiedliche Ergebnisse vermuten lässt. Parallel dazu stelle die Kommission auch Überlegungen zur Vereinfachung an. Zur Frage der Förderung öffentlicher Staatsforstbetriebe deutete der Kommissions-

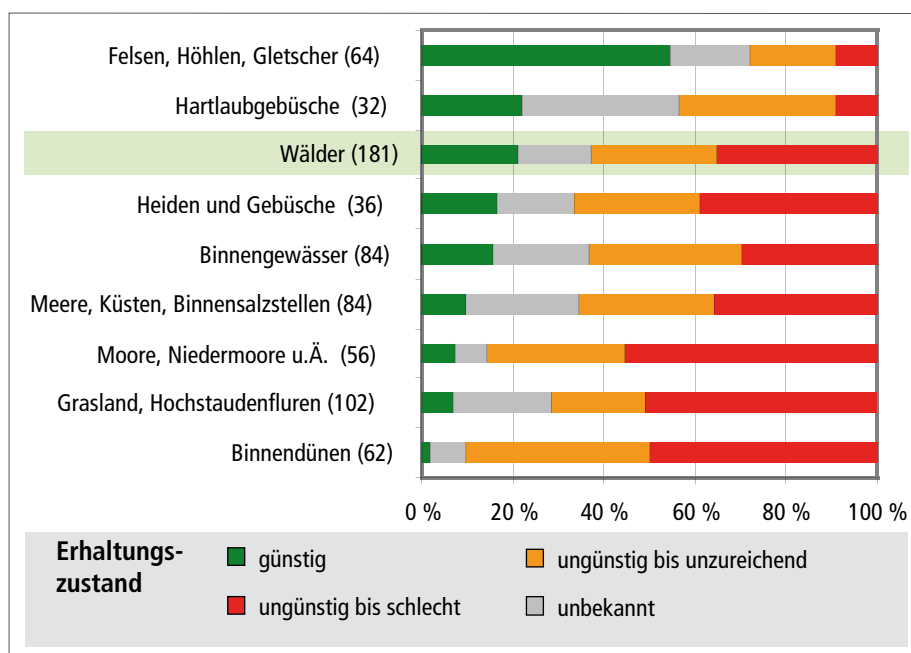


Abb. 2: „Erhaltungszustand der Waldlebensraumtypen in der EU“

E. Schulte, GD Umwelt

vertreter an, es sei geplant, diese Betriebe an der Förderung nicht produktiver Maßnahmen (Gemeinwohlleistungen) teilhaben zu lassen.

Bewertung NATURA 2000 erfolgt zu restriktiv

ERNST SCHULTE von der Generaldirektion Umwelt berichtete über das europäische Schutzgebietssystem NATURA 2000 und die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie (EU-BS). Rund 40 % der ausgewiesenen NATURA-2000-Gebiete sind Wälder. Deren Bewertung auf biogeografischer Ebene ergab, dass 20 % der ausgewiesenen Wälder einen günstigen Erhaltungszustand haben, ein vergleichsweise hoher Anteil. Diese Zahl gewinnt in Verbindung mit den Zielen der EU-BS an Bedeutung. Demnach sollen bis 2020 alle ausgewiesenen Lebensraumtypen einen günstigeren Erhaltungszustand aufweisen. Gleiches gilt für 50 % der Zielarten, die andere Hälfte darf sich nicht verschlechtern. In diesem Zusammenhang wurde von Verbandsseite angemerkt, dass die derzeitigen Bewertungen nach dem „Pinneberg-Schema“ teilweise zu restriktiven Ergebnissen führen. Eine weitere zentrale Aussage dieser EU-BS zielt darauf ab, im öffentlichen und Großprivatwald so genannte Waldbewirtschaftungspläne zwingend vorzuschreiben. Diese sind jedoch nicht als eine EU-Forsteinrichtung zu verstehen, sondern eher als allgemeine betriebliche Konzeption in Bezug auf die mit der Bewirtschaftung einhergehenden ökologischen Ziele.

EU-Förderung für NATURA 2000 geht am Bedarf vorbei

SCHULTE stellte dar, dass die EU-Förderung in Bezug auf NATURA 2000 derzeit am Bedarf vorbeigehe. Lediglich ein Mitgliedsstaat habe mehr als 10 % der veranschlagten Mittel tatsächlich abgerufen.

Nach SCHULTE hat die Vollendung des NATURA-2000-Netzes hohe Priorität. Für die Umsetzung würden insgesamt bis zu 5,8 Milliarden Euro veranschlagt. Auch hier, so SCHULTE, sind die Mitgliedsstaaten gefordert, Handlungsnotwendigkeiten auf nationaler Ebene zu ermitteln und entsprechende Programme zu entwickeln.

Fazit: Mehr Aktivität in Brüssel zeigen

Im Ergebnis bleibt festzustellen, dass vonseiten der Kommission den Mitgliedsstaaten großer Gestaltungsspielraum zugebilligt wird. Daraus erwächst die Notwendigkeit, auf nationaler Ebene noch stärker forstliche Belange in die Diskussion um die EU-Förderung einzubringen, zumal sowohl in den Bundesländern als auch im BMELV eine gewisse Zurückhaltung bei diesem Thema zu spüren ist.

Aber auch auf europäischer Ebene besteht durchaus Bedarf an Rückmeldungen aus der Praxis der Mitgliedsstaaten in Bezug auf die Umsetzung von EU-Richtlinien und -Programmen.

Weitere Informationen unter:
www.bund-deutscher-forstleute.de